

Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte Land Brandenburg

Im Zusammenwirken mit allen weiteren Verbänden und Listen der Zahnärztinnen und Zahnärzte im Land Brandenburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die ambulante zahnärztliche Versorgung ist vom Aussterben bedroht, helfen Sie mit, sie zu retten!

In anderen Bundesländern gab es bereits große Protestaktionen zu den geplanten Sparmaßnahmen der Gesundheitspolitik. Auch die Zahnärzteschaft des Landes Brandenburg sollte sich beteiligen, denn man kann es ganz deutlich sagen „**Es reicht!**“

Daher unser Aufruf: **Werden Sie laut!**

Wir möchten uns mit den anliegenden Schreiben an den Landtag, den Bundestag und den Gesundheitsminister wenden.

Bitte senden Sie dieses Schreiben unterschrieben an unseren Verband zurück. Gerne auch Unterschriften vom Zahnmedizinischen Fachpersonal und der Zahntechnik.

Je mehr Unterschriften wir haben, desto größer ist die Wirkung.

Mit kollegialen Grüßen



Dr. Matthias Stumpf

Vorsitzender



Dr. Romy Ermler

Vorsitzende

Rücksendung bitte an:

Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte Land Brandenburg e.V.
Helene-Lange-Straße 4-5 | 14469 Potsdam | kontakt@vzlb.de | FAX: 0331 2006864

Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte Land Brandenburg

Bundesminister
Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB
Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Prof. Dr. Lauterbach,
die Entwicklung der zahnärztlichen Versorgung im Land Brandenburg macht uns große Sorgen. Die Anzahl der Kollegen und Kolleginnen verringert sich ständig, das Durchschnittsalter erhöht sich und die Arbeitsbelastung der verbleibenden Kollegen steigt massiv. Bereits jetzt haben viele Patienten große Probleme, wenn sie einen neuen Zahnarzt benötigen. Die Versorgung der Patienten verschlechtert sich durch weitere Anfahrtswege und längere Wartezeiten.

Was sind die Gründe dafür?

Die Arbeitsbedingungen für uns niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte haben sich durch Kostensteigerungen ohne Gegenfinanzierung, eine verfehlte Digitalisierung und eine stetig zunehmende Bürokratie in den letzten Jahren so verschlechtert, dass sich niemand mehr in die Niederlassung begeben will! Dadurch wird die Gesundheit der Patientinnen und Patienten gefährdet. Die Grenze des Verantwortbaren ist längst überschritten. Unsere Aufgabe ist es, unsere Patienten zu versorgen! Die Politik muss hier im Interesse der Patientinnen und Patienten handeln, damit, die ambulante Versorgung für alle dort Tätigen wieder attraktiv wird.

Darum kämpfen wir für die Patienten und für uns.

Wir fordern eine **adäquate Finanzierung** der niedergelassenen Zahnarztpraxen zur Sicherung und Aufrechterhaltung der ambulanten Versorgung durch ...

... die **Abschaffung der Budgetierung** zugunsten einer Vergütung gemäß jeder erbrachten Leistung sowie, die längst überfällige Reform der GOZ.

... eine **ausreichende Honorierung** zur Deckung sämtlicher Praxisausgaben inklusive einer adäquaten Vergütung unserer Arbeit und die unserer Angestellten mit Inflationsausgleich.

... den **Abbau unnötiger Bürokratie** und eine zahnarztfreundliche, **kostenneutrale Digitalisierung**.

Begründung: Wir möchten unsere Patientinnen und Patienten umfassend, mit ausreichend Zeit und ohne finanzielle Zwänge behandeln. Ein Großteil der Praxen wird schon bald nicht mehr besetzt sein. Wir brauchen Zahnärztinnen und -Ärzte. Junge Kolleginnen und Kollegen meiden die Niederlassung, weil sie das finanzielle Risiko scheuen. Ohne unsere zahnmedizinischen Fachangestellten können wir unsere Praxen nicht betreiben und die Patientenversorgung nicht gewährleisten, wir wollen sie

anständig bezahlen können! Nur durch eine den Tätigkeiten und der Verantwortung angepassten Bezahlung kann der schon jetzt bestehende zahnärztliche und nicht zahnärztliche Nachwuchsmangel gebremst werden.

Anstatt eine teure und ineffektive Bürokratie weiter aufzublähen, muss mehr Geld in die Patientenversorgung. Niemand wehrt sich gegen eine sinnvolle Digitalisierung. Aktuell ist die uns aufgezwungene und unausgereifte Digitalisierung aber kompliziert, teuer und funktioniert nur bruchstückhaft. Das ist keine Erleichterung, sondern führt zu Mehrarbeit und Ärger. Sollte der ambulante Sektor weiter von der Politik so stiefmütterlich vernachlässigt werden, wird die ambulante Versorgung der Bevölkerung in kurzer Zeit einbrechen. Neben der mangelhaften Versorgung der zunehmend älter werdenden Bevölkerung, hat das auch wirtschaftliche Folgen. Zahnarztpraxen sind nicht nur Arbeitgeber, sondern auch verknüpft mit vielen anderen Dienstleistern wie Dentallabore, Physiotherapeuten, Apotheken etc. an deren Existenz wir maßgeblich beteiligt sind!

Wir fordern eine adäquate Finanzierung ohne Budget für die niedergelassenen Zahnarztpraxen zur Sicherung und Aufrechterhaltung der ambulanten Versorgung.

Wir fordern eine Politik, die die ambulante Versorgung erhält und unterstützt – zum Wohle aller Patienten!

Name und Unterschrift